Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Marburg, den 14. Juli 2025

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 27.6.2025

Haushaltskürzungen im Ausschuss – Weiterführung der Dorfentwicklung – Perspektive für Ortskern Ockershausen – Regionalplan Mittelhessen – Würdigung der Servicestelle für Soziales

Es ist seit mehreren Monaten auffällig, dass in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) weniger Anträge als früher zur Aussprache kommen und sogar Sitzungen der Fachausschüsse ausfallen. Nicht, dass Marburgs Probleme kleiner geworden wären. Denn die Diskussion um die Haushaltskonsolidierung beschäftigt zwar die Öffentlichkeit aber nicht die StVV. Die Stadtverordneten befassten sich Ende Juni im Plenum nur im Detail einzelner Anträge mit dem Thema.

Diskussion über Haushaltskürzungen im Vorfeld der StVV

Der angekündigte Zwischenbericht des Magistrats zur Haushaltskonsolidierung wurde vor der Sommerpause wenige Tage vor der StVV im öffentlich tagenden Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss (HFWA) vorgelegt. Die angeordnete Selbstprüfung der Fachbereiche der Verwaltung hatte vorläufige und noch nicht vollständige Kürzungspotentiale von 208 Vorschlägen ergeben, die im Einzelnen allerdings erst angedeutet wurden. Dazu zählten: geringerer Reinigungsrhythmus in Schulen und Verwaltungsgebäuden, kürzere Öffnungszeiten von Bädern, geringere Zuschüsse für klimafreundliches Wohnen, Streichung der Beteiligung an der Fachmesse Memo, Überprüfung der Verträge mit Einrichtungen der freiwilligen Leistungen. Insgesamt wurde so ein Potential von 15 bis 17 Mio. Euro angegeben. Zudem sollten die Investitionen und auch der Personalbestand durchforstet werden.

Auch die Verbesserung der Einnahmen für die Stadt, wie von den Linken seit langem gefordert, fand Berücksichtigung. Eine mögliche Erhöhung der Gewerbesteuer auf 400 Punkte (von derzeit 380) wurde mit rund 5 Mio. Euro Mehreinnahmen beziffert. Dazu eine – zweckgebundene – Tourismusabgabe, Prüfungen bei der Grundsteuer B und C sowie eines regelmäßigen Turnus für Gebührenerhöhungen. Für Die Linke ist die angepeilte Erhöhung der Gewerbesteuer zu zaghaft. Der Durchschnitt in vergleichbaren Städten liegt bei 435 Punkten. Warum nicht in Marburg?

Im Verlauf der Debatte im Ausschuss zeigte sich eine breite generelle Kürzungsbereitschaft von CDU über SPD und Grüne bis zur Klimaliste. Die Koalition versuchte zwar, die Katastrophenstimmung der konservativen Opposition zu beschwichtigen, Oberbürgermeister Spies sprach aber auch von einem mehrjährigen Sparprozess, der „im Verlauf

nicht lustiger wird“. Lediglich die Fraktion Die Linke verlangte die Verteidigung der sozial- und klimapolitischen Positionen in Marburg und mahnte, die Diskussion aus den exklusiven Gesprächen der Fraktionsvorstände zu holen und die Öffentlichkeit zu informieren. Bisher hat es drei Runden dieser Gespräche gegeben, an denen sich die Linke schließlich nicht mehr beteiligte, weil die Zustimmung zu den flächendeckenden Grundsätzen des Kürzungsprogramms zur Voraussetzung gemacht und die Fraktion deswegen aus der 2. Runde „hinauskomplimentiert“ wurde.

Die Einbringung des Haushalts 2026 ist für Ende September geplant, die Abstimmung für Mitte Dezember.

Start der StVV mit Dringlichkeitsanträgen

Allein die Fraktion Die Linke hatte zwei Anträge als dringlich angemeldet: Gegen „die drohende Versorgungslücke durch Schließung der einzigen Arztpraxis am Unteren Richtsberg“ und für „Öffnung des Hallenbads Wehrda während der Ferienzeit auch an Wochenenden für die Öffentlichkeit“. Auch die übrigen Fraktionen der StVV leugneten die angesprochenen Probleme nicht, sahen sie auch als wichtig an, mochte sie aber doch lieber erst in den Ausschüssen beraten. Also Verweis dorthin. Neben den Fraktionen Die Linke und Marburger Linke&Piraten (MLP) stimmte auch die Stadtverordnete Bettina Böttcher (SPD) vom Richtsberg für die Dringlichkeit der ärztlichen Versorgung.

Heftig debattiert: die Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen

Einstimmig hatten sich zunächst die Fraktionen im Bau- und Mobilitätsausschuss für eine Weiterführung der Dorfentwicklung ausgesprochen. Es gab viel Lob für das Programm, das ehrenamtliche Engagement, die Kooperation der Stadtteile und die fachliche Begleitung. Eine Steuerungsgruppe mit eigener Geschäftsstelle und einem bescheidenen Budget wurde unisono als sinnvoll erkannt, von CDU/FDP/BfM sogar noch mit einem Zusatz ergänzt. Totale Kehrtwende dann in der StVV. Die konservative Opposition führte vor, wie Kaputtsparen aussehen kann und stimmte wegen möglicher Kosten gegen ein als schlüssig und erfolgreich angesehenes Konzept.

Lichtblick für Ockershausen

Seit Jahrzehnten kämpft Ockershausen um eine Gestaltung der Ortsmitte, den „Dallesplatz“, der eigentlich noch kein üblicher Platz ist, sondern eher die Kreuzung von fünf Straßen. Bereits zugesagte Fördermittel in Höhe von 900.000 Euro würden verfallen, wenn nicht schleunigst mit der Umgestaltung begonnen wird. Nun hat die Bauverwaltung ein Rahmenkonzept für einen attraktiven verkehrsberuhigten Aufenthaltsort mit mehr Grün und einen Zeitplan bis 2028 vorgelegt. Die Konservativen traten allerdings auch hier auf die Bremse. Im Kern wandten sie sich gegen die vorgesehene Verkehrsberuhigung. Die Linke stimmte zusammen mit der Mehrheit dem Konzept zu. Es enthält, wie Renate Bastian (Die Linke) betonte, die wesentlichen Forderungen des Ortsbeirats, die Umsetzung würde einen deutlichen Fortschritt für die Aufenthaltsqualität im Stadtteil bedeuten. Gegen CDU/FDP/BfM angenommen.

Regionalplan Mittelhessen offengelegt

Regionalpläne legen die Nutzungsmöglichkeiten eines Gebietes fest, beispielsweise als Landwirtschaftliche Bereiche, Siedlungs- oder Gewerbeflächen. Nun fand nach 2022 zum zweiten Mal eine Offenlegung mit einigen markanten Änderungen statt. Für Die Linke begrüßte Jan Schalauske, dass im Bereich Moischt das Vorranggebiet Gewerbe zurückgenommen wurde – allerdings bei gleichzeitiger Ausdehnung von zusätzlichem Gewerbegebiet Görzhausen IV. Diese Erweiterung des Pharmastandorts lehnt Die Linke bekanntermaßen ab. Eine Einschränkung des ausgewiesenen Siedlungsgebiets am Hasenkopf bewertet Die Linke dagegen positiv, weil sie die Landschaft schont und Versiegelung einschränkt.

Ein Jahr Servicestelle für Soziales

Die zentrale Stelle im Piscator-Haus ist mit 2 bis 3 Mitarbeitenden besetzt und hat im vergangenen Jahr rund 750 Marburger*innen beraten. Sie hat den Anspruch, individuelle Unterstützung zu leisten, bei Anträgen für verschiedene Sozialleistungen vor Ort zu helfen und die thematischen Sprechstunden beispielsweise zum Wohngeld zu nutzen. Hier wie bei der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ gab es viel Lob für die geleistete Arbeit, so auch von Miguel Sanchez von der Fraktion Die Linke. Er lenkte aber auch den Blick auf die Notwendigkeit, gesellschaftliche Strukturen, aus denen heraus immer wieder Armut und soziale Spaltung entstehen, zu verändern. Die Vorlage wurde den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorgelegt und nicht abgestimmt.

Beschlüsse ohne Debatte:

Fraktion Die Linke – **Keine Kürzungen zu Lasten von Beschäftigten und Patient*innen am UKGM:** Beitritt des Stadtverordneten Göttling, mit Ergänzungen der Klimakoalition beschlossen. Der Antrag ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten. Auch die CDU/FDP/BfM-Fraktion konnte ihre Zustimmung zu zwei Absätzen nicht verweigern.

Magistrat – **Anerkennung der Universitätsstadt Marburg als Tourismusort und Prüfung der Erhebung einer Tourismusabgabe:** einstimmig angenommen.

Magistrat – **Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“:** Zustimmung Koalitionsparteien und Die Linke, Enthaltung: CDU/FDP/BfM und MLP.

CDU/FDP/BfM – **Stellenplanbesetzungen:** Freigaben sollen nicht mehr einzeln im HFWA abgestimmt werden, wenn sie dem beschlossenen Stellenplan entsprechen. Einstimmig angenommen.

Kinder- und Jugendparlament – **„Busanbindung von Bauerbach nach Marburg“** und **„Errichtung eines Bodenleitsystems im Südviertel“:** beides einstimmig beschlossen.

Ausländerbeirat – **„Durchführung einer Online-Umfrage zur Erhebung der Belange und Bedürfnisse der Wahlberechtigten der Ausländerbeiratswahl 2026“** und **„Frühzeitiges Anschreiben der Wahlberechtigten der Ausländerbeiratswahl 2026 und Gewinnung neuer Kandidat*innen“:** beide Anträge einstimmig beschlossen.

Die Linke – **Bericht über Pläne und Zukunft des Südbahnhofsvorplatzes und des Hildegard-Hamm-Brücher-Stegs**, Bericht wird erarbeitet.

MLP – **„Sofortmaßnahmen für Betroffene der Systemausfälle in hessischen Ausländerbehörden ergreifen“** und **„strukturelle Aufstellung und Ausstattung von Ausländerbehörden verbessern“:** mehrheitlich abgelehnt.

SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Marburg – **Fahrbahnmarkierung für Radfahrer*innen in der Graf-von-Stauffenberg-Straße:** einstimmig angenommen.

B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg und SPD –**Umsetzung der Istanbul-Konvention: Ausstattung der Stadt mit weiteren Frauenhausplätzen:** gegen die Stimmen von CDU/FDP/BfM angenommen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske